

**Zeitschrift:** Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik  
**Herausgeber:** Widerspruch  
**Band:** 41 (2022)  
**Heft:** 78

### Buchbesprechung: Rezensionen

#### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

#### Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

#### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 16.02.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## **REZENSIONEN**

Seit zwei Jahren dominieren die Corona-Pandemie und ihre Auswirkungen das Weltgeschehen bis in die privatesten Winkel unseres Alltags. Eine nicht zu bewältigende Flut an Informationen, Spekulationen und immer wieder neuen Hypothesen und Massnahmen hinterlässt allzu oft Ratlosigkeit und Frustration. Manche reagieren mit Resignation, Angst oder Rückzug, andere mit Wut, Widerstand, Verweigerung. Umso grösser das Verdienst des jüngsten Werks von Karl Heinz Roth: Der Arzt, Publizist und Historiker liefert mit seiner umfassenden Recherche eine unaufgeregte, faktenbasierte und spannend präsentierte Grundlage für das Verständnis und die kritische Einordnung der weltweiten Verwerfungen im Zusammenhang mit SARS-CoV-2.

Das Leben im Ausnahmezustand habe bei ihm Erinnerungen an die AIDS-Pandemie Anfang der 1980er-Jahre geweckt, schreibt Roth im Vorwort. Die damalige Krise erlebte er als Hausarzt im Hamburger Stadtteil St. Pauli an vorderster Front: «Es gab damals lebhafte Debatten über das angemessene Vorgehen gegen das Killervirus. Einige Politiker und Experten forderten, die besonders gefährdeten homosexuellen Männer zu überwachen, die Drogenabhängigen zu internieren und das Rotlichtmili eu trocken zu legen.» Im Dialog mit den Betroffenen habe man weniger drastische Lösungen erarbeitet, die sich schliesslich durchsetzen konnten: «Detaillierte Aufklärung über die Eigenschaften und Übertragungswege des Erregers, kostenlose Verteilung von Kondomen und Ausbau der Drogenberatung.» (S. 9)

Der Disput um die effizientesten nicht-pharmazeutischen Massnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie, so Roth, «waren weitaus heftiger und wurden vor einer breiten Öffentlichkeit ausgetragen.» Das komplexe

und unkalkulierbare Geschehen lasse sich jedoch nicht allein aus fachmedizinischer oder gesundheitspolitischer Sicht betrachten, schreibt der Autor weiter. «So reifte in mir der Plan, das vor unseren Augen ablaufende Pandemiegeschehen zum Gegenstand einer zeitgeschichtlichen Analyse zu machen, in die alle wesentlichen Aspekte integriert sind.» (S. 10) Ein ehrgeiziger Plan, zumal Roth mit der Arbeit am Buch bereits im April 2020 begann, und seine Recherchen Ende Mai 2021 abschloss – noch mitten in der dritten Welle der Pandemie und rund sechs Monate vor den ersten Omikron-Fällen. Eine methodische Herausforderung, da sich der Autor eine Übersicht über das vielfältige Material verschaffen musste. Ein grosses Plus dieser Publikation ist denn auch, dass ein riesiger Berg an Informationen zu einem eingängigen, gut verständlichen Gesamtbild verarbeitet wurde. Man wünscht sich deshalb, dass es zu gegebener Zeit eine Fortsetzung unter Einbezug des weiteren Pandemieverlaufs geben wird.

Der Titel des Buchs weist auf dessen Hauptprotagonisten hin: Krankheitserreger wie die Coronaviren reisen als *Blinde Passagiere* mit ihren Wirten und Opfern rund um den Globus. Als vergleichbare Beispiele beschreibt Karl Heinz Roth die Ausbreitung der Pest im 14. Jahrhundert sowie die Spanische Grippe von 1918 bis 1920. «Bei beiden Pandemien war die Mobilität aus spezifischen historischen Gründen erheblich gesteigert. Der Erreger des Schwarzen Tods traf auf eine Konstellation, in der sich das mongolische Weltreich gerade konsolidiert hatte, sodass es zu einer markanten Wiederbelebung des asiatisch-europäischen Fernhandels gekommen war. [...] Bei der Ausbreitung der Influenzapandemie knapp 600 Jahre später trugen die kriegerischen Auseinandersetzung-

gen entscheidend zu ihrer Verbreitung bei. Die US Navy transportierte in der Zeit vom März bis August 1918 fast eine Million Soldaten zur Verstärkung der in Europa kämpfenden Expeditionary Forces über den Atlantik und sorgte dafür, dass sich die Epidemie nicht nur in den USA, sondern fast zeitgleich in Europa ausbreitete.» (S. 19) Hundert Jahre später trifft das Covid-19-Virus auf eine Gesellschaft, die um ein Vielfaches mobiler und schneller unterwegs ist – mit entsprechenden Auswirkungen. Roth spricht in diesem Zusammenhang von einer «historischen Zäsur» (S. 20).

Er gliedert seine Analyse in sechs Teile: In Teil I blickt er unter dem Titel «Ein vorausgesagtes Ereignis» auf die Coronaepidemien SARS (2002/03) und MERS (2012) zurück, die zur Folge hatten, dass Regierungen und die WHO nicht nur Risikoanalysen im Hinblick auf mögliche Pandemien erstellten, sondern auch Vorsorgemaßnahmen benannten und gar Pandemieübungen durchführten. Roth weist auch auf den «seit langem erprobten Handlungskatalog» der klassischen Infektionshygiene hin, der die Bereitstellung von Desinfektionsmitteln und Schutzkleidung sowie konsequenten Infektionsschutz für besonders gefährdete Gesellschaftsgruppen und räumlich getrennte Behandlungszentren für infizierte Personen verlangt. Die Vernachlässigung solch altbekannter Massnahmen, insbesondere in der Anfangsphase der Covid-19-Pandemie, führt der Autor vor allem auf drastische Veränderungen im Gesundheitswesen zurück: «Seit den 1980er-Jahren war weltweit ein folgenreicher Rückbau des öffentlichen Gesundheitswesens zu beobachten. [...] Die damit einhergehende Ökonomisierung des Gesundheitswesens führte zu Effizienzsteigerungen und Qualitätsverbesserungen, aber auch zum teilweise drastischen Abbau von Kapazitäten. Unter Normalbedingungen können die Folgen dieser Politik einigermaßen kompensiert werden – nicht aber in akuten gesundheitspolitischen Krisenlagen. Es

war seither verpönt, medizinische Reservekapazitäten und kostenaufwendige Depots für den Pandemiefall vorzuhalten. Infolgedessen machte die sozioökonomische Gesamtentwicklung des Gesundheitswesens systematisch durchdachte Vorkehrungen für epidemiologische Ausnahmesituationen zu Makulatur.» (S. 84)

Teil II und Teil III des Buchs befassen sich mit den Eigenschaften der Covid-19-Pandemie – von deren Ursprüngen, der Ausbreitung, den Krankheitsverläufen und deren Behandlungen bis zum Wettrennen um die Entwicklung und Vermarktung von Impfstoffen und Medikamenten. Die einzelnen Aspekte werden jeweils detailreich ausgeführt und anhand von Beispielen belegt. Indem der Autor Ereignisse und Dynamiken aus verschiedenen Weltregionen und Ländern einander gegenüberstellt, schafft er einen Gesamtüberblick über die Entwicklung der Pandemie und ihrer Auswirkungen. Gleichzeitig stellt er klar, dass vieles falsch gelaufen ist und scheut sich nicht, Probleme beim Namen zu nennen. So widmet Roth etwa dem Thema Statistik ein kritisches Kapitel, in dem er zum Beispiel – gestützt auf umfangreiche Zahlen und Tabellen – die Aussagekraft der Mortalitätsstatistiken relativiert oder die unzureichende Klärung der Todesursachen kritisiert.

Die Teile IV und V sind den Gegenmaßnahmen gegen die Pandemie, besonders dem Lockdown und dessen Auswirkungen, gewidmet. Auch hier schafft Roth mit einer akribischen Aufführung des Umgangs mit der Pandemie in den verschiedenen Weltregionen einen ausschlussreichen Überblick über Informationen, die bislang nur als mediale Momentaufnahmen zur Verfügung standen. Sie liefern ihm die Basis für eine scharfe Verurteilung des Lockdowns und der Marginalisierung alternativer Konzepte zur Pandemiebekämpfung: «Die als ‹Lockdown› bezeichneten Massnahmenbündel zum behördlichen Einfrieren des privaten, so-

zialen, kulturellen und wirtschaftlichen Lebens wären wahrscheinlich unnötig gewesen, wenn die spontanen Selbstschutzmassnahmen der Bevölkerung unterstützt worden wären, die epidemiologischen Frühwarnsysteme funktioniert hätten und die besonders gefährdeten Gesellschaftsgruppen rechtzeitig vor dem verheerenden Zugriff von SARS-CoV-2 geschützt worden wären.» (S. 292)

In Teil VI schliesslich nennt Karl Heinz Roth eine Reihe von negativen Folgen des Lockdowns, wie etwa die Schliessung von Parkanlagen, die sich kontraproduktiv auf die Gesundheit der Bevölkerung auswirkten. Laut Studien und Berichten aus verschiedenen Ländern stieg die Zahl der Menschen mit schweren depressiven Symptomen, Suizide nahmen zu und insbesondere in armen Ländern kam es zu einem markanten Wiederanstieg infektiöser Krankheiten wie Tuberkulose. Roths Fazit: «Mittelfristig dürfte die Bilanz der pauschalen Kontakt- und Mobilitätsbeschränkungen somit negativ ausfallen. Sie sollten die zu Beginn der Pandemie sichtbar gewordenen strukturellen Defizite und Engpässe des Gesundheitswesens verschleiern und eine Diskussion über den schnellstmöglichen Aufbau eines belastungsfähigeren öffentlichen Gesundheits- und Pflegesektors gar nicht erst aufkommen lassen.» (S. 316)

So schlitterte die Politik in einen Teufelskreis, in dem sich die Welt auch über zwei Jahre nach den ersten bekannt gewordenen Corona-Erkrankungen immer noch befindet: «Wenn die Zahl der registrierten Infektionen anstieg, griff sie in den Instrumentenkasten der Hardliner, beim Abebben der Pandemiewelle neigte sich die Waage zugunsten der Exponenten der Herdenimmunität. Dabei war den Regierungen bewusst, dass sie letztlich nur die erfolgreiche Entwicklung kausaler Behandlungsmethoden – Medikamente und Impfstoffe – aus diesem hilflosen Schlingerlkurs befreien konnte.» (S. 325)

Doch ein Ende ist nicht in Sicht, wie Roth auf den letzten Seiten seiner Analyse zusammenfasst: «Die SARS-CoV-2-Pandemie ist der vorläufige Höhepunkt einer globalen Ausbreitung neu aufgetretener Infektionskrankheiten, die schon vor einigen Jahrzehnten begonnen hat. Dass immer neue Krankheitserreger – und insbesondere Viren – die Artenschwelle überschreiten und in den Menschen eindringen, ist das Ergebnis der fortschreitenden Zurückdämmung der natürlichen Bio- und Ökosysteme, der damit einhergehenden Expansion des Agrobusiness und der Massentierhaltung.» Deshalb sei es bedauerlich, so der Autor, dass es die Regierungen verpasst hätten, «parallel zu den gesundheitspolitischen Akutmassnahmen einen Strategiewechsel zur Beseitigung der pandemietreibenden Ursachen einzuleiten» (S. 438).

Die Massnahmen zur Bewältigung der Coronakrise hätten einem Innovationsschub zum Durchbruch verholfen, dessen Profiteure insbesondere die Bio- und Medizintechnik seien, sowie die Digitalisierung, Robotik, Nanotechnik und künstliche Intelligenz. Zudem prognostiziert der Autor einen Umbau der globalen Güterketten, um krisenbedingte Ausfälle rasch kompensieren zu können. Was dies für die künftige globale Entwicklung bedeutet, ist offen. Karl Heinz Roth vermerkt am Ende seines umfassenden Werks: «Wann – und ob – die Weltökonomie in einen dauerhaften Aufschwung umschlagen wird, ist unklar. Ihre Perspektive wird durch eine Systemkrise überschattet, deren Komponenten – gehäuft auftretende Pandemien, anhaltende Naturzerstörung, Klimakatastrophe und Kommerzialisierung der öffentlichen Gemeingüter – kaum jemand mehr in Abrede stellt. Ein Strategiewechsel ist dringend erforderlich. In den sozialen Kämpfen der nächsten Jahre wird darüber entschieden, ob sich eine solche Wende durchsetzen lässt.» (S. 439)

Gabriela Neuhaus

---

Alex Demirović / Andreas Fisahn / Birgit Mahnkopf / Carolin Mauritz / Christa Wichterich / Fritz Reheis / Peter Wahl / Stefanie Hürtgen / Thomas Sablowski / Ulrich Duchrow: **Das Chaos verstehen.** Welche Zukunft in Zeiten von Zivilisationskrise und Corona?

Zeitdiagnosen aus dem wissenschaftlichen Beirat von attac. Hamburg 2021 (220 S.)

Wer kennt es nicht, das berühmte Diktum von Karl Marx wider den akademischen Elfenbeinturm aus den Feuerbachthesen von 1845: «Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert, es kommt aber darauf an, sie zu verändern.» Die Autor:innen des vorliegenden Buches ergänzen diese Aufforderung und stellen sie dabei quasi auf den Kopf: «Es genügt nicht, die Welt verändern zu wollen, man muss sie auch richtig interpretieren.» (S. 41) Die politische Praxis bedarf der Reflexion und der Analyse der Verhältnisse, die geändert werden sollen. Das leuchtet ein.

Im Folgenden werde ich mich auf den zentralen Text des Buches zu beziehen: die ausführliche Einleitung durch die attac-Autor:innengruppe von Alex Demirović, Ulrich Duchrow, Andreas Fishan, Birgit Mahnkopf, Thomas Sablowski und Peter Wahl. In dieser Einleitung wird ein grosser Teil der Argumente und Reflexionen der übrigen Beiträge bereits eingefangen und im Kontext einer Gesamtanalyse diskutiert, was mir als besonders wichtig erscheint. Speziell hervorheben möchte ich die Beiträge von Stefanie Hürtgen («Glokale Produktion» und Dauerkrise in der Arbeitswelt) und Andreas Fisahn / Peter Wahl (Die Linke – Subjekt der Transformation?).

Laut der Autor:innengruppe haben wir es heute mit einer «singulären Zivilisationskrise» von «gattungsbedrohender Destruktivkraft» zu tun. Gefordert sind «menschheitsgeschichtliche Weichenstellungen, die in einer kurzen Frist von wenigen Jahrzehnten vorgenommen werden müssen» (S. 20). Die Klimakrise ist nur ein, wenn auch prägender Ausdruck dieser Zi-

vilisationskrise. So führen in einer Welt(un)-ordnung konkurrierender, herrschaftsformiger Mächte auch die Verschiebungen der globalen Kräfteverhältnisse zu besonders gefährlichen Konstellationen, durch die selbst die Gefahr atomarer Waffengänge wieder heraufbeschworen wird.

Diese Krisen sind «aufs Engste mit der Krise der kapitalistischen Produktionsweise verbunden» (S. 21), etwa mit der dem Kapitalismus inhärenten Notwendigkeit einer ständigen Ausweitung der Kapitalakkumulation. Wer von den Klima- und Umweltkrisen spricht, muss auch über den Kapitalismus reden. Ein marktwirtschaftlicher Green Deal wird uns nicht vor den ökologischen Kipppunkten und vor irreversiblen Klimaveränderungen bewahren. Da wir es mit einer singulären Systemkrise zu tun haben, geht es auch nicht mehr um die Ablösung des einen kapitalistischen Regimes (z. B. des fordristischen oder des neoliberalen) durch ein neues kapitalistisches Regime. Alex Demirović vertieft diese Fragestellung in seinem Einzelbeitrag («Out of Joint») und nimmt dabei unter anderem Bezug auf die Regulationstheorie und die Weltsystem-Theorie von Immanuel Wallerstein.

Gemäss attac-Kollektiv verlieren die herrschenden Klassen in dieser Gemengelage zunehmend die Kontrolle. Dies ist zwangsläufig so, insofern die Kontrolle ja nur durch eine Überwindung des heutigen Herrschaftsgefüges zurückzugewinnen wäre. In der Folge neigen die Herrschenden dazu, «Probleme zu verborgen, sie unsachlich zu diskutieren oder falsche Ursachen zu nennen». Sie verfügen über keine

«angemessenen Lösungsstrategien», und wenn doch, dann sind sie nicht in der Lage, diese umzusetzen. «Sie agieren selbst vielfach hysterisch und irrational und unter Rückgriff auf autoritäre Mittel, um ihre Machtpositionen zu erhalten.» (S.15)

Gefordert ist eine transformative Überwindung der kapitalistischen Verhältnisse. Die Autor:innen konstatieren zwar eine «Renaissance der Massen als geschichtsmächtige Kraft», erkennen einen «regelrechten Tsunami an Protestbewegungen, der seit 2011 in immer neuen Wellen über die Erde rollt». Doch «mit wenigen Ausnahmen spielt die Linke in diesen Bewegungen keine Rolle als orientierende und strukturierende Kraft». Das verstärkt die Tendenz dieser Bewegungen, zu schwanken «zwischen der Botschaft, dass die Politiker sie nicht repräsentieren und der pauschalen Aufforderung an die (herrschende) Politik, doch bitte endlich (irgendwie) zu handeln» (S.41), was ihr Wirkungspotenzial und ihre transformatorische Kraft verpuffen lässt. Damit kann nicht geschehen, was für die attac-Autor:innen erforderlich wäre: Die Verbindung von Massenbewegungen mit der grossen Mehrheit der Bevölkerungen und organisierten Kräften, die in Richtung einer solchen Transformation wirken (S.37).

Die systemkritische Linke, die einer solchen Verbindung den Weg bereiten müsste, ist selbst in der Krise. Mit Blick auf Deutschland beschreibt die Autor:innengruppe diese Krise als Kontaktverlust mit den Lohnabhängigen. Zwar sei klar, dass die sozialen Verhältnisse mit einer «Vielfalt von Widersprüchen zu tun» haben, «die sich nicht aufeinander reduzieren lassen» (S.39). Dennoch sei es unabdingbar, dass eine transformatorische Linke sich auf die «Selbsttätigkeit des Proletariats» (S.40), also auf Bewegungen von Lohnabhängigen, hin orientiere und sich zum Beispiel auch (kritisch) auf Gewerkschaften beziehe. Nur so sei der Bezug zu jenen sozialen Kräften möglich, die in ihren eigenen Bewegungen den Hebel am entscheidenden Ort ansetzen können: Bei der Macht

über Produktionsmittel. Gegen einen Zerfall der Linken in thematische Einzelbewegungen votieren die Autor:innen dafür, «die Krisenprozesse in ihrem Gesamtzusammenhang zu erfassen und so zu einer Veränderungsperspektive der Gesamtgesellschaft beizutragen» (S.41).

Was also tun? Diese Krise der Linken lässt sich nicht in den akademischen Schreibstuben beheben. «Die begriffliche Arbeit und der intellektuelle Suchprozess» müssen vielmehr im Austausch zwischen verschiedenen linken Strömungen «zielgerichtet organisiert werden». Dafür eigne sich als Bezugspunkt das Konzept transformativer Eingriffe: «Reformprojekte, die in der Lage sind, eine Dynamik zu entfalten, die über den Kapitalismus hinausstrebt», die Wirkungsweise der Marktkräfte einschränken und «gesamtgesellschaftliche Interessen handlungsleitend werden» lassen (S.42). Beispielhaft genannt werden Kampagnen zur Enteignung profitorientierter Immobilien gesellschaften, die Forderung nach Aufhebung der Patentrechte für Corona-Impfstoffe und eine Politik, die «das Lenkungspotenzial des Steuersystems in den Dienst einer sozial-ökologischen Transformation» stellt. Schliesslich führe auch «kein Weg vorbei an einer Debatte über [...] Industriesektoren, die zu schrumpfen hätten» wie die Auto- und Flugzeugindustrie, die chemiebasierte Landwirtschaft oder Rüstungsindustrie (S.43).

Der Anspruch des Buches ist hoch: die gegenwärtigen gesellschaftlichen Bedingungen und Dynamiken soweit zu durchdringen, dass sich daraus ein Handlungsrahmen ableiten lässt. Dies in Zeiten zu tun, die allgemein als wenig übersichtlich gelten, und diesen Versuch dann auch noch im Kollektiv anzugehen, braucht Mut. Es hat sich gelohnt: Entstanden ist eine hilfreiche Diskussionsgrundlage – zwar mit Lücken und Schwächen, aber mit einer Analyse, die dank der Methoden kritischer Gesellschaftstheorie aufs gesellschaftliche Ganze zielt und sich nicht in einer reinen Aufzählung

von Krisenmomenten oder in zerstückelten Impressionen verliert.

Der im Buch geforderte «intellektuelle Suchprozess» muss zweifellos weitergehen, und dafür braucht es, wie die Autor:innen betonen, auch entsprechende Ressourcen: Räume, Plattformen, Geld, Zeit, Motivation, Sachkompetenz. Mit Blick auf das besprochene Buch gibt es auch Schwachstellen zu bearbeiten. So werden Care-Arbeit und Care-Paradigmen zwar in Einzelbeträgen angesprochen: In erster Linie im Beitrag von Christa Wichterich und Carolin Mauritz («Reproduktionsökonomie und Care-Arbeit am Limit»), teilweise auch im Beitrag von Fritz Reheis («Eine andere Welt ist möglich»). Sie sind jedoch nicht in die Gesamt-

analyse eingewoben. Dabei scheitert der Kapitalismus hier gerade mehrfach und grundlegend. Weil Sorge-Arbeit auf dem Beziehungs-geschehen basiert, lässt sie sich nicht – oder nur unter erheblichen Qualitätseinbussen – den Steigerungsparadigmen der Rationalisierung und der Gewinnmaximierung unterwerfen. Deshalb bleiben sowohl der kommerzialisierten wie auch der nicht kommerziellen Care-Arbeit ausreichende gesellschaftliche Ressourcen verweigert – was wiederum diskriminierende Geschlechterverhältnisse zementiert. Und unerreichbar bleibt, was insgesamt erforderlich ist: Ein Paradigma der Sorgsamkeit als gesellschaftlich bestimmende Leitspur.

Beat Ringger

---

Kitchen Politics (Hg.): **Mehr als Selbstbestimmung!** Kämpfe für reproduktive Gerechtigkeit.

Mit einem Grundlagentext von Loretta J. Ross. Edition assemblage 2021 (141 S.)

«Nahezu jeder Bereich menschlichen Handelns beeinflusst reproduktive Politiken und wird von ihnen beeinflusst; denn Imperien brauchen Körper (Ross, 24).» Mit diesem Satz bringt Loretta J. Ross die Relevanz von reproduktiver Gerechtigkeit auf den Punkt. Das Büchlein des Herausgeber:innen-Kollektivs Kitchen Politics ist ein Vorzeigbeispiel dafür, wie man in kleinem, zugänglichem Format wichtige Hintergründe, Grundsätze und weiterführende Überlegungen zu einem höchst relevanten Thema vermitteln kann. Auf gut 140 Seiten wird der Begriff «reproduktive Gerechtigkeit» von seinen Anfängen in den USA bis zu seiner heutigen Verwendung in aktuellen Kämpfen und Debatten diskutiert und erläutert. Reproduktive Gerechtigkeit beinhaltet das Recht, schwanger zu werden oder eine Schwangerschaft abzubrechen sowie das Recht, Kinder frei von struktu-

reller Gewalt und unter guten sozialen Bedingungen grosszuziehen. Die Autor:innen gehen der Frage nach, wie sich das Konzept in den deutschen Kontext übertragen lässt. Das Buch umfasst sechs Teile, in denen jeweils verschiedene Aktivist:innen und Theoretiker:innen zu Wort kommen. Dadurch erhalten Lesende spannende und tiefgründige Einblicke in die Vielstimmigkeit und Diversität der Bewegung für reproduktive Gerechtigkeit.

Den Auftakt zum ersten Kapitel bietet die Aktivistin und Theoretikerin Loretta J. Ross, die Teil der Gruppe Schwarzer Feminist:innen in den USA war, die das Konzept «Reproductive Justice» ins Leben gerufen haben. In diesem Grundlagentext zeichnet Ross die US-Geschichte reproduktiver Kämpfe von der Entstehung des Konzepts 1994 bis hin zu aktuelleren Widerstandsbewegungen während der Trump-

Administration und der Covid-19-Pandemie nach. Sie zeigt auf, wie das Konzept als Kritik am stark weiss geprägten «binären und untheoretisierten Rahmen von *Pro Choice* versus *Pro Live*» (Ross, 19) eingeführt wurde. Damit wurde auch die Annahme, Elternschaft treffe alle gleich, infrage gestellt. Denn während für weisse Frauen in den USA damals primär der Zugang zu Abtreibung ein Thema war, kämpften Schwarze Frauen gegen Zwangssterilisierungen und für eine angemessene perinatale Gesundheitsversorgung. Mit dem Konzept sollen also diejenigen ins Zentrum gerückt werden, die unzureichenden Zugang zu Gesundheits- oder Sozialdienstleistungen erfahren, und deren Elternschaft als illegitim, unnormal oder sogar sicherheitsgefährdend dargestellt wird. Ross betont, dass das Konzept zwar von Schwarzen Frauen entwickelt wurde, es jedoch auf alle Bevölkerungsgruppen anwendbar sei, die Diskriminierung erleben. Eine intersektionale Perspektive, so betont Ross, ist eine Grundbedingung für die Anwendung des Konzepts, denn es gehe letztlich auch darum, zu eruieren, wie diverse Unterdrückungsformen zusammenhängen (ebd., 40). Dafür wird ein «vielstimmiges Storytelling» als Methodologie vorgeschlagen, über das marginalisierte Stimmen hörbar gemacht werden können.

Im zweiten Teil beleuchtet die Aktivistin und Sozialwissenschaftlerin Anthea Kyere die Perspektive von (geflüchteten) Schwarzen Frauen oder Frauen of Color in Deutschland undbettet diese in historische sowie aktuelle Debatten ein. Als aktuelles Fallbeispiel dient ihr die gegenwärtige Politik des selektiven Pronatalismus – so etwa das 2007 eingeführte Elterngeld, das sich faktisch nur an gutverdienende Akademiker:innen richte. Auch sie betont, dass es wichtig sei, verschiedene Kämpfe zu verbinden und zusammenzudenken. Dabei schlägt sie ein Zusammengehen mit dem Aktivismus vor, denn es reiche nicht, auf einer abstrakten Ebene darüber nachzudenken, son-

dern «die Zusammenhänge müssen in der Praxis hergestellt werden» (Kyere, 70).

Das dritte Kapitel umfasst ein Interview-Patchwork mit Vertreter:innen und Aktivist:innen der Berliner Organisationen Women in Exile, Netzwerk behinderter Frauen Berlin, Casa Kuà (Community-Zentrum für ganzheitliche Gesundheitsversorgung für queer, trans\* und inter\* BIPOC\*) und der Frauen\*-AG der Erwerbsloseninitiative BASTA!. Dieses Zusammenbringen verschiedener reproduktiver Kämpfe in einem Beitrag ist äusserst inspirierend und spannend. Es macht die Diversität von reproduktiven Diskriminierungen sichtbar, zeigt aber auch auf, dass die Logiken dahinter oftmals ähnliche sind: Jegliche Abweichung von der Realität einer Elternschaft innerhalb einer weissen, heteronormativen, nicht-behinderten und nicht-migrantischen Kernfamilie entspricht nicht der «Norm» und erfährt dementsprechend Diskriminierungen. Der Beitrag zeigt ausserdem sehr unterschiedliche Strategien des kollektiven Widerstands gegen reproduktive Unterdrückung auf.

Die Politikwissenschaftlerin und Aktivistin Susanne Schultz zeigt im vierten, theoretisch orientierten Buchteil, wie (neo-)malthusianische Bevölkerungspolitiken zu gefährlichen statistischen Kurzschlüssen führen. Dabei betont sie, dass Kämpfe für reproduktive Gerechtigkeit einen inhärent anti-malthusianischen Ansatz verfolgen. Schultz geht vor allem auf aktuelle Beispiele von problematischen malthusianischen Bevölkerungsstrategien ein – so etwa das passive und selektive Sterbenlassen während der Covid-19-Pandemie. Dabei verdeutlicht sie, dass Reproduktion und Elternschaft in komplexe und situierte Sorge- und Reproduktionsverhältnisse eingebettet sind und ein rein rechnerischer Abgleich der Anzahl Menschen mit der Menge an Ressourcenverbrauch schlussendlich den «Kampf gegen die Armut mit dem Kampf gegen die Armen gleichsetzt» (Schultz, 102). Höchst spannend ist auch die Debatte rund ums Kinderkriegen in Zeiten des

Klimawandels, auf die Schultz in diesem Beitrag ausführlich eingeht. Auch bei feministisch-klimaaktivistischen Kämpfen für weniger Kinder wie beispielsweise der Bewegung *Birth-Strike* sieht Schultz durch die Bezugnahme auf den Bevölkerungsdiskurs «eine brutale statistische Rationalität, die bewirkt, dass das Konzept der Bevölkerung sich in vielerlei Hinsicht nicht von ihrer rassistischen ‹Grammatik› und ihrem rassistischen ‹Geist› trennen lässt» (ebd., 112).

Das fünfte Kapitel ist ein Abdruck des Aufrufs zum feministischen Widerstand gegen Bevölkerungskontrolle, der zum Anlass der UN-Nachfolgekonferenz ICPD+25 in Nairobi von einer Gruppe feministischer Aktivist:innen und Expert:innen verfasst wurde. Dem Klimawandel sowie sozialen Ungleichheiten und Sicherheitsproblemen soll entgegengewirkt werden, ohne dabei auf das problematische Konzept der Bevölkerungsplanung zurückzugreifen.

Im letzten kurzen Kapitel zeigt Jin Haritaworn vom Projekt «Erklär mir mal» eindrücklich auf, was queere Elter(n)schaft bedeutet und wie diese aussehen kann. Haritaworn stellt dabei alternative Formen des solidarischen Zusammenlebens von queeren und mehrfachmarginalisierten Menschen vor, die als wichti-

ge Vorbilder für die gesamte Gesellschaft dienen können.

Besonders gut gelungen ist den Autor:innen die Sichtbarmachung verschiedener Realitäten und somit die Umsetzung des Anspruchs auf Vielstimmigkeit. Gleichzeitig merken die Autor:innen selbstkritisch an, dass zusätzliches Storytelling – beispielsweise für Inhaftierte oder migrantische Care-Arbeiter:innen – keinen Platz in diesem Buch gefunden hat. Das Buch bildet aber eine wichtige Grundlage für die Etablierung von reproduktiver Gerechtigkeit als Konzept, politischem Rahmen und dringlicher Forderung im ganzen deutschsprachigen Gebiet. Dies wirft auch für den Schweizer Kontext spannende Fragen auf: Welche Gruppen sind in der Schweiz von reproduktiver Unterdrückung betroffen? Mit welchen Strategien können wir gemeinsam dagegen vorgehen? Und was können Menschen, die keine reproduktive Diskriminierung erleben, von Betroffenen lernen? Die Lektüre des Büchleins ist demnach äusserst empfehlenswert für Menschen, die sich für Reproduktion, Elternschaft oder soziale Gerechtigkeit interessieren und für Menschen, die Kinder haben oder (keine) wollen – kurz: für alle.

Nora Komposch / Laura Perler

---

Mahdi Amel: **Arab Marxism and National Liberation. Selected Writings of Mahdi Amel**

Brill, Leiden/Boston 2021 (132 S.)

Hassan Abdullah Hamdan, bekannter unter seinem Pseudonym «Mahdi Amel», war ein libanesischer Marxist. 1936 in Harouf geboren und 1987 in Beirut während des libanesischen Bürgerkriegs ermordet, gilt er als der arabische Antonio Gramsci (Vijay Prashad). Amels Gramsci-Bezüge sind wenig explizit, doch die Paral-

lelen liegen auf der Hand. Mahdi Amel interpretiert Ideologie als Klassenkampf, diskutiert Kultur und Revolution, Religion und Bildung – alles Themen, die auch für Gramsci zentral gewesen sind, und die Amel auf den politischen Kontext des Nahen Ostens und insbesondere des Libanons überträgt. Aber auch die Unter-

schiede zu Gramsci werden in dem hier vorgestellten Buch deutlich.

Der vorliegende Band, herausgegeben von Hucham Safieddine, vereint erstmals auf Englisch ausführliche Auszüge aus sechs Hauptwerken von Mahdi Amel, darunter Abhandlungen zu Kolonialismus und Unterentwicklung, über das libanesische politische System, zur Kritik an Edward Said sowie seine Schriften zur Beziehung zwischen arabischer Bourgeoisie und kulturellem Erbe. Der Band erscheint mit einem einleitenden Kapitel des Herausgebers, einer biografischen Notiz sowie einer ausführlichen Bemerkung zur Übersetzung der arabischen Originaltexte. Hier sollen insbesondere die Verwendung des von Gramsci bekannten Hegemoniebegriffs (bei Amel: «*haymana*, *arab.*») in Kapitel fünf und die Kritik an Edward Saids Bezügen zu Marx in Kapitel sechs vorgestellt werden.

Das politische System des Libanons ist ein Ausgangspunkt von Amels Diskussion von Hegemonie. Der Konfessionalismus im Libanon umfasst eine paritätische Konkordanz der religiösen Gruppen. Ziel ist eine konfessionelle Parität in der Teilhabe an den politischen Institutionen. Dieses System ist für Mahdi Amel aber prinzipiell korrupt, weil er es durch eine doppelte Hegemonie bestimmt sieht: eine konfessionelle und eine bourgeoise. Der Libanon ist für Amel ein konfessionalistischer *und* bourgeoiser Staat – vor allem aber letzteres. Das Narrativ der paritätischen Partizipation aller Konfessionen ist doppelt falsch: Zum einen besitzen die verschiedenen Konfessionen – insbesondere Sunnit, Schiiten und Maroniten – keine ontologische Existenz. Sie sind nicht unabhängig von den materiellen Bedingungen oder den politischen Verhältnissen zu verstehen (S. 7). Sie besitzen vielmehr selbst Klassencharakter. Zum anderen ist die Idee der Partizipation nicht mehr als ein utopischer Slogan, der vom nicht-hegemonialen Teil der libanesischen Bourgeoisie verbreitet wird, mit dem

Ziel, die eigene Position im politischen System zu verbessern. Für Amel ist dies eine «hegemoniale Balance», in der sich beide Elemente – Konfession und Klasse – gegenseitig bedingen. «Das hegemoniale Wesen der konfessionellen Balance garantiert die Möglichkeit, dass der Staat seine Klassenfunktion als bourgeois Staat erfüllt.» (S. 89) So verwirft Amel auch die Idee einer «echten» Partizipation aller Religionsgemeinschaften als ein bourgeois Konzept. Diese «illusorische Lösung» ähnele dem «kleinbürgerlichen» Populismus, der genauso wie die paritätische Teilhabe lediglich eine Lösung der Krise des Kapitalismus vorgaukelt.

Ähnlich materialistisch ist auch Mahdi Amels Kritik an Edward Saids Marx-Rezeption. «Karl Marx», schreibt Edward Said in seinem wohl bekanntesten Werk *Orientalismus*, «prägte im Jahre 1853 den Begriff eines asiatischen Wirtschaftssystems in seiner Analyse der britischen Herrschaft in Indien [...]. Artikel nach Artikel kehrte er mit wachsender Überzeugung zu dem Gedanken zurück, dass selbst in der Vernichtung Asiens England dort seine soziale Revolution ermöglichte» (Said, S. 175). Und weiter (und von Amel nicht zitiert): «So war England, welche Verbrechen es auch begangen haben mag, doch das unbewusste Werkzeug der Geschichte, indem es diese Revolution zuwege brachte» (ebd.). Damit zeige Marx, so Said, dass er trotz seiner Empathie für die Leiden Indiens unter britischer Herrschaft, England als Vollstreckerin historischer Notwendigkeiten betrachte – nämlich einer Revolutionierung sozialer und ökonomischer Strukturen Indiens. Für Mahdi Amel ist der Idealismus von Said nicht hinnehmbar: «Dass Said den Text von Marx derart entstellt, sollte jedem zu denken geben, der das 1×1 des Marxismus kennt. Zuvordest, dass die Geschichte eine materielle Bewegung ist, die von den objektiven Gesetzmäßigkeiten beherrscht ist, die einen revolutionären Wandel erfordern. Für Marx ist Geschichte nicht vom menschlichen Willen be-

stimmt, sondern umgekehrt.» (S. 110) Für Amel übersieht Said den Klassencharakter aller Ideen (S. 101), Amel kritisiert dessen Vorstellung von *Orientalismus* als unausweichliches Denkmuster sowie die Annahme Saids, dass das westliche Denken derart monolithisch sei.

Die direkte Gegenüberstellung dieser beiden Kapitel verdeutlicht die Grenzen des gramscianischen Mahdi Amel. Einerseits betont er Kultur und Hegemonie in der Diskussion um das libanesische politische System – und bestätigt damit seine Nähe zu Gramsci. Andererseits ist genau diese Diskussion materialistisch bestimmt: Mahdi Amel argumentiert gegen eine vom Sein losgelöste Kultur. Es ist ein grosser Verdienst des Herausgebers, das Denken Mahdi Amels einem breiteren englischsprachigen Publikum zugänglich zu machen. Die Lektüre bleibt aber eine grosse Herausforderung, die den Leser:innen gute Kenntnis nicht nur des historischen Kontextes im Libanon abverlangt, sondern auch der vielfältigen Bezüge und Anspielungen, die alle versammelten Beiträge durchsetzen. Die Einleitung erfüllt den Zweck einer kontextuellen Hinführung leider nur sehr eingeschränkt, auch weil die Aufgabe zu gross erscheint. Bereits die Bezüge auf Gramsci stellen eine Herausforderung sui generis dar. Gramscis Schriften – insbesondere dessen Gefängnishefte – stellen kein einheitliches Werk dar, sondern eine Ansammlung von Aufsätzen und Skizzen, und erfordern daher Detailkenntnisse bei der Gegenüberstellung zu Amels Interpretationen. Die Anlehnungen an Gramscis Hegemoniekonzept scheinen zwar auch ohne direkte Nennung Gramscis offensichtlich, gleichzeitig orientiert sich Mahdi Amel viel deutlicher als Gramsci an einer vor allem materialistischen Interpretation des Marxismus, während es gerade das Verdienst Gramscis ist, diese Interpretation zu relativie-

ren und Kultur einen grösseren Stellenwert in der bourgeoisen Machtausübung zuzuschreiben – sowie bei deren Überwindung. Die charakteristische Haltung von Mahdi Amel wird auch in der Kritik an Edward Saids Marx-Rezeption deutlich, dessen *Orientalismus* übrigens selbst Bezüge zu Gramsci beinhaltet. «Eine Hegemonie oder eher das Ergebnis kultureller Hegemonie ist es, die dem Orientalismus die Dauerhaftigkeit und Stärke verlieht, von der ich sprach» (S. 14), schreibt Said, und von einer «Hegemonie europäischer Vorstellungen über den Orient» (S. 15). Das scheint dann doch ein anderes Hegemonie-Verständnis zu sein, als das von Amel. So ist Amels Kritik an Said nur konsistent mit seiner Analyse des libanesischen politischen Systems. Die koloniale Herrschaft über den Orient ist primär eine materialistische und bourgeoise und erst nachrangig eine kulturelle. Das Buch bleibt aber gerade wegen dieser Spannungen und Bezüge eine anregende und empfehlenswerte Lektüre, nicht zuletzt, weil sie aus dem Globalen Süden stammende Perspektiven auf Marx eröffnet. Amels Denken und Kritik bleiben dabei brandaktuell. Man denke nur an die vielen partizipativen Modelle, die der «neue liberale Imperialismus» bei seinen vielen Interventionen – vom Balkan bis nach Afghanistan – installiert. Sie ähneln oft sehr dem libanesischen Modell dahingehend, dass sie kategorisch eine «gleichberechtigte» Partizipation aller «Ethnien» oder aller «Volksgruppen» fordern, welche als unveränderliche Realitäten und als notwendige demokratische Komponenten gesetzt werden und damit die sozialen, ökonomischen und politischen Verhältnisse ausblenden. Diese Machtteilungsmechanismen im westlichen State-Building brechen dann auch schnell auseinander, wenn die westliche Militärpräsenz endet.

Philipp Casula

---

Stefan Wellgraf: **Ausgrenzungsapparat Schule**. Wie unser Bildungssystem soziale Spaltungen verschärft

Transcript, Bielefeld 2021 (240 S.)

Stefan Wellgraf hat sich in den letzten Jahren durch seine ethnografischen Untersuchungen von Haupt- und Sekundarschulen in Berlin einen Namen gemacht. Insbesondere wer sich dafür interessiert, welche Rolle Klassismus und Rassismus im Alltag von Bildungseinrichtungen spielen, die am unteren Ende der symbolischen Rangordnungen des öffentlichen Schulsystems stehen, sollte unbedingt seine Publikationen lesen. Das besprochene Buch ist das dritte in einer Reihe von Monografien im transcript Verlag. Die vorhergehenden Titel der Trilogie sind *Hauptschüler. Zur gesellschaftlichen Produktion von Verachtung* (2012) und *Schule der Gefühle. Zur emotionalen Erfahrung von Minderwertigkeit in neoliberalen Zeiten* (2018). Diese Bücher beruhen auf je einer Fallstudie an zwei Schulen in sozial und ethnisch stigmatisierten Stadtteilen. Sie präsentieren eine ebenso feinfühlige wie reflexive Analyse der Erfahrungen und Emotionen der Schüler:innen. Das Buch über den *Ausgrenzungsapparat Schule* (2021) baut auf diese Untersuchungen auf und nimmt die Schule zudem in einer neo-institutionalistischen Perspektive als gesellschaftlichen Apparat in den Blick, der systematisch Ausgrenzungen produziert. Die zentrale Fragestellung lautet, wie es zur Reproduktion sozialer Ungleichheiten durch das Handeln professioneller Akteur:innen (wie Lehrkräfte, Sozialarbeitende, Politiker:innen und anderen) kommt, die sich beständig am Ziel orientieren, gegen soziale Ungleichheiten vorzugehen. Der Begriff des schulischen Apparats verweist auf Althuslers Konzept der ideologischen Staatsapparate. In Wellgrafs Verständnis handelt es sich aber keineswegs um einen monolithischen Block, son-

dern vielmehr um ein Kräftefeld, dem unterschiedliche Akteur:innen ihre je spezifische Prägung verleihen.

Das Buch umfasst vier Kapitel. Das erste schliesst direkt an die Erkenntnisse zu den Erfahrungen und Emotionen von Schüler:innen der Sekundarstufe an. Im Fokus steht hier die Analyse der doppelten Stigmatisierung durch Zuschreibungen, die sich einerseits auf schulische Schwächen beziehen sowie andererseits auf die Zugehörigkeit zum Islam als Religion und Kultur, welche dem deutschen Schulsystem als problematisch gelten. Wellgraf zeigt, wie die Bildungseinrichtungen den Islam stigmatisieren und Lehrkräfte dazu tendieren, als muslimisch markierte Schüler:innen abzuwerten. Er vertritt die These, dass einige dieser Schüler:innen den Islam bewusst als Ressource entdecken, um sich gegen die abwertenden Zuschreibungen der Schule zu wehren und sich an einem Lebensentwurf zu orientieren, der mehr verspricht als Zeugnisse einer Schule mit schlechtem Ruf. Er hebt die eigensinnigen Bedeutungen hervor, welche die Schüler:innen ihren Bezugnahmen auf den Islam geben: Zwischen den Eltern und der Schule suchen sie ihre eigenen Wege, denen pauschalisierende Deutungen, wie sie durch Lehrkräfte, Expert:innen oder Journalist:innen zum Beispiel dem Kopftuchtragen zugeschrieben werden, in keiner Weise gerecht werden. In Analogie zu P. Willis' klassischer Studie *Learning to Labour* (1977) analysiert Wellgraf diese Aneignungen des Islams als Teil einer oppositionellen Schulkultur, die Jugendliche gegen ihre Lehrkräfte in Anschlag bringen. Während allerdings die britischen Arbeitersöhne zur Zeit von Willis hoffen durften, auch ohne gute Noten einen respek-

tablen Job in der Industrie zu finden, wartet auf zahlreiche postmigrantische Schüler:innen in Berlin heute nach der Schule im besten Fall eine prekäre Arbeitsstelle oder ansonsten die Arbeitslosigkeit. Wellgraf zufolge sind sie Angehörige einer postproletarischen Jugend, die ziemlich ungeschützt den Auswirkungen des verschärften Bildungswettbewerbs ausgesetzt ist.

Das zweite Kapitel wendet sich den Lehrkräften und weiteren Professionellen zu, die im schulischen Ausgrenzungsapparat eine wichtige Rolle spielen. Wellgraf fragt nach dem Selbstverständnis dieser Fachpersonen, nach ihrer Alltagsmoral und den Dilemmata, mit denen sie sich bei der Arbeit mit den Schüler:innen konfrontiert sehen. Er betont die Kluft zwischen den Theorien und Methoden, die im Pädagogischen Studium gelernt werden, und der effektiven Realität, welche die Lehrkräfte an diesen Schulen vorfinden. Diese Kluft ruft einen Schock hervor und führt viele Lehrkräfte sehr rasch dazu, ihre ursprünglichen Ambitionen über Bord zu werfen und in eine Art Krisenmodus zu schalten, der sich in erster Linie am Ziel orientiert, den chaotischen Schulalltag zu überstehen, ohne krank zu werden. Die Gratwanderung zwischen einer Selbst- oder Fremddarstellung als «Held:innen des Chaos», einem schleichenden Zynismus und dem stets lauernden Burnout erweist sich als schwierig. Um ihr Handeln zu rechtfertigen, greifen die Lehrkräfte auf zwei legitimierende Ordnungen zurück: Sie orientieren sich an meritokratischen Vorstellungen und artikulieren kulturalistische Zuschreibungen als Erklärung für die Schwierigkeiten, mit denen sie im schulischen Alltag konfrontiert sind. So kreuzen sich an den Schulen die Wirkungen von Klassismus und Rassismus, derweil sich die Schulsozialarbeit in einer tiefen Krise befindet. Ihr werden die Mittel gekürzt, während ein Ausbau psychologischer Angebote sowie psychiatrischer Einrichtungen zu beobachten ist. Wie bereits von N. Rose in *Governing the Soul* (1984) antizipiert,

verschiebt sich die Bearbeitung der sozialen Frage weg von der Sozialen Arbeit in Richtung der Psy-Wissenschaften.

Das dritte Kapitel beschäftigt sich daraufhin mit der Berliner Schulreform von 2010. Die als Inbegriff des Scheiterns stigmatisierten Hauptschulen wurden als eigener Schultypus abgeschafft und mit den Realschulen zu den neuen Sekundarschulen zusammengelegt. Wellgraf rekonstruiert die hitzigen Mediendebatten über «islamische Parallelgesellschaften» oder «unbeschulbare Jugendliche» und «Straftäter an den Schulen», welche dieser Reform vorausgingen. Es handelte sich um eine moralische Panik, die einen Notstand signalisiert und herausstellt, wer schuld an der Misere ist: die Jugendlichen und ihre Familien. Die Schulreform blieb weit hinter den ursprünglichen Ambitionen zurück, sie wurde halbherzig umgesetzt und ging teilweise mit Ressourcenkürzungen einher (so sind etwa die Klassen in den neuen Sekundarschulen grösser als in den ehemaligen Hauptschulen). Wellgraf zufolge hat sich die Situation in den Schulen eher verschlechtert, zumal sich im Hintergrund ein stiller Prozess der Privatisierung und Vermarktung im Rahmen des New Public Management vollzieht, der sich auf Konzepte wie Schulautonomie und Qualitätsmanagement stützt. Die Kluft ist gross zwischen dem politischen Spektakel mit seinen hochtrabenden Ankündigungen, in dem «Bildung» als Inbegriff alles Guten und Hoffnungsvollen zum leeren Signifikanten (E. Laclau) verkommen ist, und dem Schulalltag. Sogar die kritische Forschung wird instrumentalisiert, um die Reformpolitik in gutem Licht erscheinen zu lassen, wie Wellgraf als Eröffnungsredner eines Anlasses in der ehemals berüchtigten Rütli-Schule in Neukölln am eigenen Leib erfahren musste.

Im vierten und letzten Kapitel setzt sich der Autor mit einem Bündel neuer Initiativen auseinander, die in Berlin und Deutschland entwickelt wurden, um etwas gegen die Schulmisere zu unternehmen. Initiativen wie *Teach first*

oder *Rock your life!* zielen auf das Empowerment der Jugendlichen aus den benachteiligten Stadtteilen. Es handelt sich um Mentoringprogramme, die engagierten Studierenden mit sozialer Ader und Sendungsbewusstsein Möglichkeiten bieten, etwas Gutes zu tun und gleichzeitig wertvolle Erfahrungen für die spätere Karriere zu sammeln, indem sie Schüler:innen aus «sozialen Brennpunkten» unterstützen. Derweil sind durch Stiftungen gesponserte Programme wie *School Turnaround* oder *Berlin Challenge* darauf ausgerichtet, überforderte Schulleitungen zu coachen und gegebenenfalls auszuwechseln. Wellgraf hebt die eigentümliche Arbeitsteilung zwischen der Schule und diesen neuen Initiativen hervor: Während die Lehrkräfte im Schulalltag die Jugendlichen beschämen und demotivieren, soll parallel dazu aktivierend vorgegangen und Optimismus verbreitet werden. Der Autor zeigt sich skeptisch gegenüber den Lobgesängen und (Selbst-)Evaluationen, welche positive Wirkungen dieser Initiativen und Programme behaupten. Er betrachtet diese nicht nur als Teil des politischen Spektakels, sondern auch als Symptom für die Verdrängung der traditionellen Sozialen Arbeit auf der einen sowie für die schleichende Privatisierung und Vermarktlichung des Schulsystems auf der anderen Seite.

Das vorgestellte Buch liest sich leicht und

bietet eine systematische Zusammenfassung der wichtigsten Erkenntnisse jahrelanger ethnografischer Forschung, die auch Elemente von Medien- und Politikanalyse sowie das Studium institutioneller Settings einschliesst. Wer sich vertieft mit den Erfahrungen und Emotionen der Schüler:innen auseinandersetzen möchte, greift jedoch besser zu einem der anderen Bücher der erwähnten Trilogie. Alle drei Publikationen sind stark auf die lokalen Verhältnisse in Berlin bezogen. Doch selbst wenn an schweizerischen Schulen soziale Ausgrenzungen und Stigmatisierungen nicht dasselbe Ausmass der Zuspitzung erreichen mögen, lassen sich durch die Lektüre von Wellgrafs Büchern zahlreiche Erkenntnisse und Reflexionen gewinnen, die für die Analyse insbesondere der Sekundar- und Berufsschulen im urbanen Kontext auch bei uns von hoher Relevanz sind. Der Autor nimmt die Akteur:innen im Feld stets ernst und lässt insbesondere auch die Schüler:innen zu Wort kommen, über die sonst so viel gesprochen und geschrieben wird, ohne sie nach ihrer Meinung zu fragen. Er bietet fundierte Interpretationsangebote, um gerade auch den Ego-sinn der Jugendlichen zu verstehen, und versieht seine düstere Ethnografie immer wieder mit einem Funktion Hoffnung und Solidarität, was die Lektüre erträglich und bisweilen durchaus unterhaltsam werden lässt.

Peter Streckeisen

---

Vasco Pedrina, Hans Schäppi: **Die grosse Wende in der Gewerkschaftsbewegung.** Gewerkschaft Bau & Industrie und die Neuausrichtung der Gewerkschaften in den Neunzigerjahren

Rotpunktverlag, Zürich 2021 (254 S.)

Die Unia ist die stärkste Gewerkschaft der Schweiz. Besteht sie schon seit Jahrzehnten? Nein, die Gründung fand erst am 16. Oktober 2004 in Basel statt. Sie entstand aus einer Fu-

sion, die schon zu Beginn der 1990er-Jahre auf die veränderte Arbeitswelt reagierte und weit über Organisatorisches hinausreichte.

Auf dem Umschlag des Buches von Vasco Pe-

drina und Hans Schäppi sind lauter rote Banner der Gewerkschaft Bau und Industrie (GBI) zu sehen. Zudem Bauarbeitende, die am nationalen Streiktag vom 4. November 2002 beim Baregg-Tunnel die Autobahn blockierten und für das Rentenalter sechzig demonstrierten. Das Bild symbolisiert, wie Gewerkschaften auch als soziale Bewegungen agieren und sich für einen sozialen, ökologischen Umbau der Gesellschaft engagieren. Frauen sind kaum zu sehen, sie legten aber immer mehr zu. Bei den Mitarbeitenden stellten sie 2014 bereits die Mehrheit. Zahlreiche Unia-Frauen kamen am 30. November 2012 auch auf den Zürcher Bankenplatz. Da vereinten sich kleine Unia-Fisch-Formationen mit roten Regenschirmen zu einem riesigen Wal, der mit offenem Mund einen grauen Hai verjagt. Das Cover der zehnjährigen Jubiläumsschrift dokumentiert diese Aktion. Der stimmige Titel heisst: «Gewerkschaft in Bewegung» (Unia 2014, Redaktion Andreas Rieger).

Wie sich die Unia konstituierte und als soziale Gegenmacht etablierte, erörtern Vasco Pedrina und Hans Schäppi in ihrem Buch über *Die grosse Wende in der Gewerkschaftsbewegung* (Redaktion Stefan Keller). Es enthält, von mehreren Autor:innen mitverfasst, zehn Kapitel. Ich greife hier, arg verkürzt, ein paar wichtige Aspekte auf. «Eingefrorene Gewerkschaften» bewegen sich nach dem 68er-Aufbruch «zwischen Status quo und Erneuerung» (S. 21f.). Neue Statuten sollen Verlagerungen von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft berücksichtigen und mehr Frauen beziehungsweise Angestellte dazu animieren, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Mitte der 1970er-Jahre erfordern dann erste rezessive Einbrüche grundlegende arbeits- und sozialpolitische Reformen. Konzepte liegen bald vor. Sie werden diskutiert, aber weder verabschiedet noch umgesetzt, sondern auf die lange Bank geschoben. Zumal mit dem wirtschaftlichen Aufschwung ab 1984 der Handlungsdruck etwas nachlässt.

1989 bricht die Berliner Mauer auf. Das

«Ende des Kalten Krieges» weckt Hoffnungen. Aber das Kapital strebt nun noch aufdringlicher zur höchsten Rendite. Der neoliberalen Vormarsch und einseitige wirtschaftliche Globalismus verschärfen in den 1990er-Jahren die soziale Lage. Strukturelle Erwerbslosigkeit nimmt zu, Teile der niedrigen Einkommen halten mit den steigenden Lebenshaltungskosten nicht Schritt und das System der sozialen Sicherheit ist erwerbsorientiert auf «Normalbiografien» fixiert, die allerdings erodieren, während sich das Kapital noch mehr konzentriert und privatisiert. Gewerkschaften wehren sich und weiten ihre Aktivitäten aus; vor allem im Dienstleistungsbereich. Bislang berufsständisch und industriell ausgerichtet, konstituieren sie nun mehr Branchen übergreifend und global, um sich gegenüber dem rechtsnational forcierten «Klassenkampf von oben» (S. 155 f.) zu behaupten.

Finanzgetriebene Eliten stecken seit den 1990er-Jahren viel Geld in eine Politik, die öffentliche Einrichtungen privatisiert und wirtschaftliche Verbindlichkeiten dereguliert. Gewerkschaften halten widerständig dagegen. 1992 fusionieren die Gewerkschaft GBH (Bau und Holz) und die GTCP (Textil, Chemie, Papier) zur GBI (Bau und Industrie). Der SMUV (Industrie, Gewerbe, Dienstleistungen) erweitert sich und kooperiert nun trotz Rivalitäten eng mit der GBI. Davon zeugt eine neue Dienstleistungs-Tochtergewerkschaft namens unia. Mit dem VHTL (Verkauf, Handel, Transport, Lebensmittel) zusammen vereinen sich dann alle 2004 auf nationaler Ebene zur Unia (für Arbeitnehmende aus Industrie, Gewerbe, Bau und privaten Dienstleistungen). Dahinter steckt viel Arbeit und Mut zum Risiko. Nachdem die vorgängigen Gewerkschaften recht unterschiedlich strukturiert waren, verlangt die übergreifende Formation von ihnen, Gewohntes aufzugeben, Ungewissheiten einzugehen, möglichst keine Mitglieder zu verlieren, bürokratische Prozesse zu kontrollieren und eine neue Identität zu entwickeln.

Wenige Wochen nach der Fusion stehen bereits 15 000 Mitglieder auf dem Bundesplatz in Bern. Sie demonstrieren gegen Lohndumping. Mehrere hundert Angestellte und Führungskräfte der Swissmetall wehren sich zudem, von der Unia unterstützt, in Reconvilier gegen Umstrukturierungen in der Giesserei. Künftig initiiert und begleitet die Unia durchschnittlich über fünf Streiks pro Jahr. Im Juli 2005 treten auf dem Zürcher Flughafen Taxifahrende in den Ausstand. Sie fordern einen Mindestlohn von 4000 Franken. Im Frühjahr 2008 legen in Bellinzona 430 Angestellte der Officine-Werkstätte der SBB (Schweizerische Bundesbahnen) ihre Arbeit wegen Abbauplänen nieder. In Basel streiken 500 Bauarbeitende für einen neuen Landesmantelvertrag.

Die Mobilisierungs- und Aktionsfähigkeit sind ein Markenzeichen der Unia. Hinzu kommt das Vermögen, längerfristige politische Kampagnen, beispielsweise gegen den Rentenklau, breitenwirksam zum Tragen zu bringen. Beharrliche Verhandlungen sind auch nötig, um neue Gesamtarbeitsverträge (GAV) zu verwirklichen. So etwa ein GAV für Temporäre. Er setzt im Kontext der Prekarisierung der Arbeit ein bedeutendes Zeichen. Im GAV mit der Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie liessen sich zudem, erstmals seit 75 Jahren, Mindestlöhne durchsetzen. Auch die weiter auszubauende Präsenz von Vertrauensleuten an den Arbeitsplätzen fordert die Unia enorm heraus.

Die Unia hat heute 180 000 Mitglieder, 25 Sektionen in 13 Regionen, 74 lokale Sekretariate, 1130 Angestellte und eine unabhängige Arbeitslosenkasse, die jährlich über eine Milliarde Franken auszahlt. 265 von der Unia mitgetragene Gesamtarbeitsverträge kommen 1,3 Millionen Beschäftigten zugute. Zentral ist der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB). Er kooperiert seit den 1990er-Jahren intensiver mit diversen Angestellten- und Berufsverbänden, engagiert sich in der 1995 gebildeten Ebenrain-Konferenz, die etliche Zusammenschlüsse

von Arbeitnehmenden umfasst, und arbeitet auch eng mit dem Dachverbund Travail.Suisse zusammen, der 2002 aus dem Christlichnationalen Gewerkschaftsbund (CNG) und der Vereinigung schweizerischer Angestelltenverbände (VSA) entstanden ist.

Vasco Pedrina, Hans Schäppi und die weiteren Autor:innen des vorliegenden Buches sind aktive Gewerkschafter:innen. Sie beschreiben die vielfältigen gewerkschaftlichen Aktivitäten, reflektieren auch selbstkritisch Widersprüche zwischen Demokratisierung, Professionalität und Bürokratisierung. Und sie ermuntern dazu, ihre (Innen-)Sicht durch andere Wahrnehmungen zu ergänzen. Vertiefende Debatten und Kontroversen sind also erwünscht. Und permanent nötig. Davon zeugen die gewerkschaftlichen Erfolge und die Publikation selbst. Sie bedingen viel Denkarbeit. Die Unia führt in ihren Gremien und mit ihren Mitgliedern an Basisveranstaltungen, Tagungen und Weiterbildungen unzählige Diskurse. Sie setzt sich zudem institutionalisiert und informell eingehend mit weiteren Fachleuten aus sozialen Bewegungen, Wissenschaft, Wirtschaft, Medien und Denknetzen auseinander. Daraus resultieren wertvolle Impulse. Zum Beispiel, wenn Beat Ringger das Scheitern einer Online-Gewerkschaft analysiert.

Was bleibt? Vasco Pedrina und Hans Schäppi resümieren und bilanzieren am Schluss ihres gehaltvollen Buches nochmals alle Kapitel. Bedeutend sind unter anderem die Offenheit, aus Fehlern zu lernen und Neues zu wagen. Zudem differenzierte Strategien und das Bewusstsein dafür, wann Argumente (linkspopulistisch?) zu vereinfachen oder weiter zu verfeinern sind. Hier hätten weitere Vertiefungen interessiert. Insgesamt gelingt indes eindrücklich, was die Unia-Präsidentin Vania Alleva im Vorwort explizit würdigt (S.7f.): nämlich der Versuch, nebst materiellen Arbeitsbedingungen und sozialer Gerechtigkeit auch subjektive Faktoren der Gewerkschaftsgeschichte für solidarische Strategien greifbar zu machen.

**Ueli Mäder**

---

## Auf der Suche nach Fritz Platten. Die Schweiz und der Kommunismus im 20. Jahrhundert.

Ausstellungsprojekt der Professur für Osteuropäische Geschichte in der Universitätsbibliothek Basel (8.10.2021 bis 23.2.2022).

Das Thema ergab sich aus dem Nachlass von Fritz Nicolaus Platten, der während Jahrzehnten Materialien zur Biografie seines Vaters sammelte. Sein Nachlass wird seit 2005 von der Universitätsbibliothek Basel (UB) betreut. In Zusammenarbeit mit Studierenden kuratierten Prof. Benjamin Schenk und vor allem die Assistentin Rhea Rieben das Projekt.

Die Ausstellung in der UB ist vor allem zwei Personen gewidmet: Einerseits Fritz Platten (1883–1942), einem Freund Lenins und Zeitgenossen Robert Grimms, und andererseits Fritz Nicolaus Platten (1918–2004), seinem zweiten Sohn, der Nachforschungen über seinen Vater anstellte. Als Bibliothekar im Schweizerischen Sozialarchiv ist er den 68er-Historiker:innen bestens bekannt. Er suchte ihnen für den «Quellenband» über die Schweizerische Arbeiterbewegung die Dokumente und Bücher heraus. Fritz Platten ist weniger bekannt für das, was er in der schweizerischen Politik geleistet hat. Wichtiger war seine Unterstützung für Lenin und seine Genoss:innen, die er im plombierten Eisenbahnwagen bis zur ehemaligen schwedisch/russischen Grenze – Finnland gehörte damals zu Russland – begleitet hatte.

Vor seiner Emigration in die Sowjetunion gehörte Platten an den von Robert Grimm organisierten Konferenzen von Zimmerwald (1915) und Kiental (1916) zur sogenannten Zimmerwalder Linken. Er war nach der Spaltung der Sozialdemokratie (1921) eines der Gründungsmitglieder und Sekretär der Kommunistischen Partei der Schweiz (KPS) sowie bis 1922 Nationalrat. In der Ausstellung findet sich auch die wohl bekannteste Fotografie von Platten: Anlässlich des Gründungskongresses der Kom-

munistischen Internationale, der Komintern, im März 1919 sass er neben Lenin. Formuliert wurden damals die 21 Bedingungen zur Aufnahme in die Internationale, die schliesslich zur Abspaltung der KPS von der Sozialdemokratie führten.

Ein eifriger Parlamentarier war Platten nicht. Im November 1922 gab er sein Nationalratsmandat ab und zog zusammen mit anderen Schweizer Kommunist:innen in die junge Sowjetunion. Ziel war die Unterstützung der Revolution, der Aufbau des Sozialismus und der Aufbau der landwirtschaftlichen Genossenschaft «Nova Lawa» im Wolgagebiet, für die Platten die Administration übernahm. Hier engagierten sich über hundert Schweizer:innen, darunter auch Plattens Eltern und sein erster Sohn Georg Platten. Klimatisch herrschten sehr harte Bedingungen, weswegen viele Genossenschaftsmitglieder zurück in die Schweiz reisten oder in die Industrie oder andere Genossenschaften wechselten. 1927 wurde das Projekt «Nova Lawa» aufgegeben. Platten begab sich bereits 1926 nach Moskau. Dort arbeitete er am Internationalen Agrarinstitut und am Staatlich-Pädagogischen Institut für Fremdsprachen. Platten war anscheinend ein sehr beliebter Lehrer. Insbesondere bei Elena Druschinina, die sich später zusammen mit ihrer Mutter Olga Swenzizkaja für eine Rehabilitierung Plattens einsetzte. Zur Zeit des «Großen Terrors» 1936 bis 1938, einer der Säuberungswellen in Partei, Staat und Gesellschaft, gerieten Platten und seine dritte Ehefrau Berta Zimmermann in die Terrormaschinerie Stalins. Im Juni 1937 wurde Zimmermann als angebliche Trotzkistin vom Geheimdienst NKWD fest-

genommen, in der Haft gefoltert und ein halbes Jahr später verurteilt und erschossen. Platten selber wurde 1938 in Moskau unter dem Vorwurf der Spionage inhaftiert. Im Oktober 1939 wurde er zu vier Jahren Lagerhaft verurteilt und in zwei verschiedenen Lagern in Ligowo und Njandoma in der Region Archangelsk in Nordrussland interniert. Aus dieser Zeit stammen die 21 erhalten gebliebenen Lagerbriefe an Olga Swenzizkaja. 1940 schrieben Schülerinnen Plattens einen Brief an Stalin, baten um eine Aufklärung des Verurteilungsirrtums und verwiesen darauf, dass Platten doch ein Freund Lenins gewesen war. Platten verstand sich auch im Lager als Kommunist. Er ersuchte um eine vorzeitige Entlassung aus der Lagerhaft und um eine unentgeltliche Verteidigung, was beides abgelehnt wurde. Am 22. April 1942 verstarb er unter Umständen, die bis heute nicht vollständig geklärt sind.

Im Februar 1956 rechnete an einem Parteitag der KPdSU der Generalsekretär Nikita Chruschtschow mit Stalin und dem «grossen Terror» ab. Damit begann die Rehabilitierung Plattens. In der Schweiz war allerdings in der Blütezeit des Antikommunismus in den 1950er-Jahren eine unbefangene Auseinandersetzung mit der Geschichte Plattens in offiziellen Kreisen nicht möglich. Für Bürgerliche blieb er eine Persona non grata. Die *Neue Zürcher Zeitung* als Flaggschiff des Antikommunismus meinte, Platten sei an seinem Schicksal selber schuld. In linken Kreisen ausserhalb der Partei der Arbeit (PdA) war Platten immer ein Begriff. Einzig für die PdA blieb er bis Anfang der 1980er-Jahre ein Tabuthema; danach begann, angestossen vorab von Urs Rauber im *Vorwärts*, der Parteizeitung der PdA, die Aufarbeitung. Plattens Sohn, Fritz Nicolaus Platten, publizierte wohl als erster biografische Texte über seinen Vater.

Im Gegensatz zur Schweiz entwickelte sich in der Sowjetunion nach 1956 ein eigentlicher Kult um Platten als Freund Lenins und als Begleiter im plombierten Zug. 1963 erschien eine

erste Biografie Plattens von Alexej Iwanow, für die Olga Swenzizkaja dank Plattens Lagerbriefen Informationen zur Verfügung stellen konnte. Darin beschrieb Platten die Mühsal der Zwangsarbeit und der Lagerhaft in der Holzverarbeitung. Die 21 Lagerbriefe übergab Swenzizkaja später dem Museum der Oktoberrevolution in Leningrad. 1965 kam ein Dokumentarfilm über Platten in die Kinos in Moskau, der ausschnittweise in der Basler Ausstellung zu sehen ist. Und im November 1967 wurde in Njandoma in Nordrussland eine Strasse nach Platten benannt. Ein paar Jahre später, 1973, hielt Elena Druschinina als Historikerin in Moskau in Anwesenheit des Sohnes Georg Platten einen Vortrag über Platten. Mit Michail Gorbatschow als neuem Generalsekretär der KPdSU begann 1985 die «Politik der Offenheit» (Glasnost) und die Öffnung der KGB-Archive. 1989 folgte die Veröffentlichung der 21 Lagerbriefe. Nun schlug das Schicksal Plattens auch in der Schweiz einige Wellen. Die Linke hielt sich allerdings eher zurück und die Rechte benützte das Schicksal Plattens als Beweis für die Unmenschlichkeit des Kommunismus.

Die Ausstellung in der UB handelt nicht nur von Fritz Platten, sondern auch von seinem Sohn Fritz Nicolaus Platten, welcher das Schicksal seines Vaters erforschte. Er wuchs in Zürich in einer kommunistisch gesinnten Pflegefamilie auf. Anfänglich war er ein überzeugter Anhänger Stalins. In dieser Phase forderte er sogar die Erschiessung seines Vaters, falls es zutreffe, dass dieser ein Trotzkist sei. Später bedauerte er diese Aussage bitterlich. Er wandte sich 1956 nach dem Ungarnaufstand von der PdA und vom Kommunismus stalinistischer Prägung ab und trat der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz bei. Unermüdlich erforschte er die Geschichte seines Vaters und setzte sich so bei der PdA dem Vorwurf aus, er fördere im Klima des Kalten Kriegs nur die Verhetzung der Sowjetunion. Nach Gorbatschows Glasnost-Politik erhielt er in den 1990er-Jahren Zugang zum Geheimarchiv des KGB, erfuhr von

der Erschiessung seiner Stiefmutter Berta Zimmermann und von den Folterungen, Erniedrigungen und erpressten Geständnissen. Nicht aufgeklärt werden konnten bis heute die genauen Vorgänge bei der Ermordung von Fritz Platten. Urs Rauber vermutet aufgrund seiner Nachforschungen, dass Platten 1942 kurz nach seiner Entlassung aus der Haft von einem Gefängniswärter erschossen wurde, wohl auf Befehl Stalins.

Der Publizist Ralf Hug bezeichnet in seiner Besprechung der Ausstellung in der Gewerkschaftszeitung *work* vom 22. Oktober 2021 Platten als den wohl grössten Revolutionär der Schweiz – wohl etwas hoch gegriffen; sicher

war er ein sehr pragmatischer Revolutionär. Zutreffender ist die Beschreibung seines Zeitgenossen Fritz Brupbacher in seinen *Erinnerungen eines Revoluzzers* (1927): «Fritz Platten war eine sonderbare Natur. Eine Art Reformist mit einem Benzinbehälter im Innern. War es draussen kalt und feucht, so nahm sein Benzinbehälter die Temperatur der Umgebung an. Brannte es draussen, so drohte der Benzinbehälter von Fritz Platten zu explodieren.» (S. 58) Für die Bürgerlichen war er der «Rote Teufel», was für andere wiederum ein Kompliment darstellte. Als Begleiter von Lenin im plombierten Zug hat er sicher eine bleibende Bedeutung für die russische Geschichte und die Revolution von 1917.

Hans Schäppi

---

Nora Meuli / Carlo Knöpfel: **Ungleichheit im Alter.** Eine Analyse der finanziellen Spielräume älterer Menschen in der Schweiz  
Seismo Verlag, Zürich und Genf 2021 (220 S.)

Längst gilt der Renteneintritt als Lebensphase der neugewonnenen oder späten Freiheit, der sogenannte «Unruhestand» als neues Mainstream-Leitbild für pensionierte Frauen und Männer. Doch die Gestaltungschancen eines produktiven und aktiven Alters sind in der Gesellschaft ungleich verteilt. Soziale Ungleichheit im Lebenslauf kumulieren sich im Alter, ökonomische Faktoren entscheiden über die finanziellen Spielräume der Rentner:innen und folglich über deren Gestaltungsmöglichkeiten im Alltag.

Nora Meuli und Carlo Knöpfel befassen sich in ihrer neusten Publikation mit finanziellen Ungleichheiten im Rentenalter in der Schweiz. Anhand einer umfangreichen Modellrechnung zeigen sie auf, wie es um den finanziellen Spielraum von Rentner:innen infolge eines auftretenden Pflege- und Betreuungsbedarfs steht. Daraus geht hervor, dass die ökonomische Ungleichheit nicht nur auf die ungleiche Vertei-

lung finanzieller Ressourcen zurückzuführen ist. Zur Verschärfung tragen ebenfalls Teile der Sozialversicherungen und die föderal organisierte Gesundheitsversorgung bei. Das Buch gliedert sich in drei Teile, worin die Autorin und der Autor die Verstrickungen zwischen Einkommens- und Vermögensverhältnissen der Rentenhaushalte mit dem Schweizer System der Sozialen Sicherheit darlegen, um letztlich auf verschiedene ökonomische Ungleichheitseffekte hinzuweisen. Von den Ungleichheitseffekten am stärksten betroffen sind alleinstehende Rentnerinnen und die mittleren Einkommensklassen.

Die Publikation beginnt mit einer Darstellung der Einkommens- und Vermögensverteilung der Rentenhaushalte in der Schweiz. Beachtet man deren Einkommenssituationen, so geht ein Rentenübergang für die Mehrheit der Bevölkerung mit einer deutlichen Senkung des

monatlichen Haushaltbudgets einher (S. 17). Insgesamt sind die Einkommen bei Rentner:innen ungleich verteilt. So verfügen die reichsten zwanzig Prozent der Rentner:innen über viermal mehr Renteneinkommen als die zwanzig Prozent der Rentner:innen mit dem tiefsten Haushaltseinkommen. Die ungleiche Verteilung ist auf das System der Altersvorsorge zurückzuführen, welches mit dem Drei-Säulen-Prinzip für – bereits bekannte – Ungleichheitseffekte sorgt. Zum Beispiel die zu tiefe Bemessung der obligatorischen Altersrente der Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV) oder die sehr tiefen Renten(ansprüche) der Frauen bei der beruflichen Vorsorge, Stichwort «Gender-Pension-Gap» (S. 32). Die ungleiche Verteilung finanzieller Ressourcen in den Rentenhaushalten akzentuiert sich mit Blick auf die Vermögensverhältnisse, da sich das grösste Vermögensvolumen bei den hohen Einkommensklassen befindet. So besitzen die reichsten alleinstehenden Rentner:innen sechsmal mehr Vermögen als die Hälfte aller alleinstehender Rentner:innen und die reichsten Rentner:innenpaare besitzen viermal so viel wie die Hälfte aller Paare. Die ungleichen Einkommens- und Vermögensverhältnisse machen sich auch bei den Ausgabenstrukturen bemerkbar. Gerade für alleinlebende Rentner:innen mit tiefen Einkommen stellen die monatlichen Fixkosten von sechzig Prozent des gesamten Haushaltbudgets eine hohe finanzielle Belastung dar. Die Ausführungen zu den sehr unterschiedlichen Ausgabenstrukturen verdeutlichen nochmals, wie prägend Einkommens- und Vermögensverhältnisse für die finanziellen Spielräume der Rentenhaushalte sind. Um den finanziellen Spielraum abzubilden, führen Meuli und Knöpfel die Kennzahl des frei verfügbaren Einkommens ein. Sie ergibt sich aus den Abzügen der obligatorischen Ausgaben (Steuern, Krankenkassenprämien) und Fixkosten (wie z. B. Miete, Gesundheitskosten) vom Einkommen, bestehend aus Haushaltseinkommen und Sozialtransfers. Der übrigbleibende Betrag wird als

frei verfügbares Einkommen bezeichnet.

Im Zuge eines mehrjährigen Forschungsprojekts untersuchten Meuli und Knöpfel die Einkommenssituationen von Rentner:innen, welche auf professionelle Betreuung und Pflege angewiesen sind. Dabei diente ihnen das frei verfügbare Einkommen als Instrument, um die ökonomischen Ungleichheitseffekte zu untersuchen. Die Kennzahl bietet sich an, da in der Schweiz die gesamten Betreuungskosten von der bedürftigen Person selbst übernommen werden müssen und die Pflegekosten nicht vollumfänglich von der obligatorischen Krankenpflegeversicherung gedeckt sind. Entsprechend aufschlussreich sind dabei die Auswirkungen der selbstgetragenen Betreuungs- und Pflegeausgaben auf das frei verfügbare Einkommen. Die im zweiten Teil des Buches besprochenen Ergebnisse der Studie gründen auf einer Modellrechnung. Es wurden fünf verschiedene Einkommenssituationen von betreuungs- und pflegebedürftigen Rentner:innen in allen 26 Schweizer Kantonshauptorten untersucht.

Die Autorin und der Autor kommen zum Schluss, dass der finanzielle Spielraum der Rentner:innen, sowohl von den eigenen Einkommens- und Vermögensverhältnissen, vom Unterstützungsgrad als auch vom Wohnort und dessen gesundheits- und sozialrechtlichen Rahmbedingungen geprägt ist. So können die Betreuungs- und Pflegekosten aufgrund kantonal und/oder kommunal unterschiedlicher Sozial-, Gesundheits- und Steuergesetze, Tarifsysteme und weiteren Unterstützungsmassnahmen variieren und sehr unterschiedlich auf das frei verfügbare Einkommen wirken. Aber auch die Einkommens- und Vermögensverhältnisse haben einen Einfluss darauf, wie stark sich die selbstgetragenen Betreuungs- und Pflegekosten auf das frei verfügbare Einkommen auswirken. Davon am stärksten betroffen sind die mittleren Einkommensklassen. Zum einen werden die Kosten – im Unterschied zu den tiefen Einkommensklassen – nur geringfügig durch Sozialtransfers gedeckt. Zum ande-

ren reicht ihr Renteneinkommen nicht aus, die selbstgetragenen Betreuungs- und Pflegekosten zu decken, weshalb auf das Vermögen zurückgegriffen werden muss. Letzteres unterscheidet den finanziellen Spielraum zu den höheren Einkommensklassen. Auch diese müssen die Kosten selbst tragen. Allerdings reicht dafür das monatliche Renteneinkommen aus. Ein Vermögensverzehr bleibt teilweise oder gänzlich aus. Bei den höchsten Einkommensklassen, welche sich in einem Pflegeheim befinden, verzeichnen Meuli und Knöpfel sogar einen Vermögenszuwachs (S. 165 f.).

Dass nicht nur die Betreuungs- und Pflegekosten für ökonomische Ungleichheitseffekte sorgen, zeigt der dritte Teil des Buches. In teilweise sehr kurz gehaltenen Kapiteln gehen die Autorin und der Autor auf eine Reihe von «systemischen Ungleichheiten» (S. 131) ein, verursacht durch das System der Sozialen Sicherheit. Was folgt, ist eine Auseinandersetzung mit den Sozialleistungen, den sogenannten Ergänzungsleistungen (EL) zur AHV. Die EL richten sich an Personen, deren Existenzbedarf mit Leistungen der AHV-Rente nicht gedeckt sind. In verschiedenen Kapiteln werden die finanziellen Vor- und Nachteile der EL für Rentner:innen ohne Betreuungs- und Pflegebedarf diskutiert; zudem werden deren Nichtbezug problematisiert und die Auswirkungen der jüngsten EL-Revision hinsichtlich finanzieller Verteilungseffekte analysiert.

Ein Ausblick zur zukünftigen Unterstüt-

zung älterer Menschen schliesst die Publikation ab. Gemäss Meuli und Knöpfel baut der Sozialstaat noch zu stark auf der Grundannahme, dass die Unterstützungsarbeit primär eine Aufgabe der Familien und Angehörigen ist. Eine Voraussetzung, welche aufgrund veränderter Wertehaltungen und Lebensentwürfe, der stärkeren Einbindung der Frauen in die Erwerbsarbeit und der steigenden Anzahl älterer Menschen ohne betreuende Familienangehörige an Geltung verliert. Deshalb fordern sie von der Politik ein Umdenken, damit die Unterstützung im Alter weniger als familiale, sondern als gesellschaftliche Aufgabe verstanden wird.

Obwohl sich das Thema der ökonomischen Ungleichheit als roter Faden durch alle Buchteile zieht, sucht man vergeblich nach einer begrifflichen Einführung. Eine kurze Einordnung hätte der teils inflationären Verwendung des Ungleichheitsbegriffs Abhilfe geschaffen. Die Stärke des Buches liegt im Versuch, das komplexe Gewebe des Systems der Sozialen Sicherheit in der Schweiz hinsichtlich seiner Implikationen für die finanzielle Lage von Rentner:innen in seinen Einzelteilen zu beleuchten. Insbesondere die Ausführungen zu den Vermögensverhältnissen der Rentenhaushalte und die Auswirkungen der selbstgetragenen Betreuungs- und Pflegekosten auf die finanziellen Spielräume der Rentner:innen bieten neue Impulse für die sozialpolitische Debatte rund um die Frage nach einer gerechteren Sozial- und Gesundheitsversorgung.

Riccardo Pardini

---

Stefan Howald (Hg.): **Projekt Schweiz**. Vierundvierzig Porträts aus Leidenschaft  
Unionsverlag, Zürich 2021 (496 S.)

Der Herausgeber, Stefan Howald, weist in seiner Einleitung gleich selber darauf hin: «Dieses Buch steht in einer Tradition und will sie zu-

gleich wenden. Noch vor der Entstehung des Bundesstaates wurde versucht, prägende Schweizer Persönlichkeiten in politisch inter-

ressierter Absicht zu versammeln.» (S. 9) Das fängt bereits im 18. Jahrhundert an, mit Hans Jakob Leus *Eidgenössischem Lexikon*, das nicht nur geografische, politische, geschichtliche und ökonomische Nachrichten über die alte Eidgenossenschaft vermittelte, es handelte auch von den *fürnehmsten Personen, welche sich in Geist- und Weltlichem Stand, in den Wissenschaften und Künsten, in dem Krieg und sonsten hervorgethan und noch thun*, wie der Buchtitel vermerkt. Oder man denke an den von Friedrich von Schlichtegroll begründeten und erstmals 1791 erschienenen *Nekrolog der Teutschen*, der mit Unterbrüchen bis zum Ende des Ersten Weltkrieges herausgegeben wurde und in dem jedes Jahr verdiente Verstorbene gewürdigt wurden.

Überfliegt man das Inhaltsverzeichnis von *Projekt Schweiz*, sieht man sogleich, wie weit es sich von den Ursprüngen derartiger Publikationen entfernt hat, nur schon, weil gut ein Drittel der «Vierundvierzig Porträts aus Leidenschaft» – so der Untertitel – Frauen gewidmet ist, die früher so gut wie gar keine Beachtung erhielten. Dagegen findet man fast keine Militärs, Kirchenmänner, Ingenieure, Wirtschaftskapitäne oder Führer von Parteien und Verbänden. Vormals wurden sie als tragende Säulen von Gesellschaft und Staat und als Vorbilder präsentiert. Und dass Künstler:innen, Literat:innen, Musiker:innen und Architekt:innen in diesem Band gegenüber anderen Berufsgruppen deutlich in der Überzahl sind, weist darauf hin, dass sich die Prioritäten verschoben haben. Dem *Projekt Schweiz* wird ein kreativer Schub verordnet und zu diesem Zweck dem Publikum noch einmal vor Augen geführt, was in diesem Land schon gedacht und geschaffen wurde. Und ein linker Schub erscheint ebenfalls angezeigt. Linke Politiker:innen und sozial engagierte Ärzt:innen, Jurist:innen, Wissenschaftler:innen und Sozialarbeiter:innen bilden die zweitwichtigste Gruppe der Porträtierten. Doch, wie könnte es in diesem Land an-

ders sein, sie agieren mehrheitlich aus der Opposition, gelangen kaum je auf wichtige Positionen oder werden bald wieder davon entfernt. Wo die fortschrittlichen Bürgerlichen des 19. Jahrhunderts noch Einfluss und Macht erringen konnten, bleibt dies den Linken im 20. Jahrhundert weitgehend verwehrt. Insbesondere ihr soziales Engagement müssen sie sich leisten können, sei es dank ihrer reichen Familie oder sei es, weil sie mit bescheidenen materiellen Ansprüchen durchs Leben gehen.

Dieses markante Profil von *Projekt Schweiz* erklärt sich damit, dass die Autor:innen selber entschieden, wen sie vorstellen wollten. Dieses Vorgehen verhindert, dass vorbildliche Biografien dem Publikum gewissermassen verbindlich als Fluchtpunkte für die eigene Lebensführung vorgesetzt werden, wie das einst der Zweck vergleichbarer Bücher war. Exemplarisch bleiben die vierundvierzig Personen gleichwohl, und zwar als Repräsentant:innen unterschiedlichster Lebensformen in der Schweiz zwischen dem 18. und dem 20. Jahrhundert. Die Bandbreite erstaunt, sitzt im Hinterkopf doch noch immer die Vorstellung von einem streng geregelten Leben in früheren Zeiten, das kaum Abweichungen zulässt. So ist *Projekt Schweiz* sozusagen am entgegengesetzten Punkt angekommen, von dem diese Art Publikationen, wie eingangs erwähnt, ihren Ausgang genommen hatte. Es ist ein sehr persönliches Buch geworden, nicht zuletzt auch deshalb, weil die Schreibenden die von ihnen gewählten Personen teils sehr eigenwillig präsentieren. Das ergibt viele unterschiedliche Herangehensweisen, wovon nicht alle gleichermassen überzeugen. Gegückt sind sie dort, wo die offenkundige Nähe und Vertrautheit von Schreibenden und Beschriebenen, die nicht zwingend eine biografische sein muss, selbst Personen neue Facetten abgewinnt, die man zu kennen glaubte.

*Porträts aus Leidenschaft* kündet der Untertitel an, und die Leidenschaft hat bekannt-

lich ihre eigene Logik, die es verbietet, über die Auswahl zu rechten. Sie ist nicht schweizerisch, wie der Titel verspricht, sondern sehr auf Zürich bezogen. Einmal mehr scheint sich östlich davon eher mehr als weniger die grosse Ödnis zu erstrecken, und auch die Innerschweiz weckt nur ausnahmsweise Passionen. Sei's drum, Leidenschaft ist nicht gerecht. Umgekehrt rückt sie Figuren ins Licht, von denen man noch nie gehört hat. Je nach Vorwissen und Interessen wird jeder Leser und jede Leseerin andere Entdeckungen machen.

Ich stiess etwa auf den Namen von Dora Staudinger, eine sächsische Pastorentochter, die schon im Kaiserreich in der Frauenbewegung aktiv war und sich nach ihrem Umzug in die Schweiz sogleich im religiös-sozialistischen Kreis um Clara und Leonhard Ragaz engagierte sowie in der Genossenschafts- und Friedensbewegung. Überhaupt fällt auf, wie viele dieser Personen Ausländer:innen waren, allerdings nicht zugewanderte Ingenieure und Unternehmerpersönlichkeiten à la Boveri oder Nestlé – die nachmaligen Heroen des Freisinns –, sondern meist Sozialist:innen, Humanist:innen und Menschenfreund:innen. Auch die Linke war und ist auf Zuwanderung angewiesen. Ein unbekannter Name war mir auch Elsa F. Gasser, aus Krakau stammend und eine brillante Ökonomin, die ihre Vorstellungen von sozialer Unternehmensführung und konsumentenfreundlichem Lebensmittelhandel als Mitarbeiterin und Sparringpartnerin von Gottlieb Duttweiler in die Migros einbrachte und vieles davon durchsetzte. Umgekehrt profilierten sich Schweizerinnen im Ausland wie die mir bislang unbekannte Sibylle de Dietrich aus Basel, Schwester von Peter Ochs und Gattin des Strassburger Bürgermeisters Philippe-Frédéric de Dietrich. In ihrem Salon wurde 1792 von Claude Joseph Rouget de Lisle die von ihm ge-

dichtete und vertonte Marseillaise uraufgeführt. Doch nicht nur dieser Episode wegen bleibt Sibylle de Dietrich erinnerungswürdig, sondern auch als lange Jahre alleinerziehende Mutter, nachdem ihr Gatte in die Mühlen der Französischen Revolution geraten und guillotiniert worden war, ebenso als frühe Feministin und Mitbegründerin einer Strassburger Freimaurerloge für Frauen. Neben solchen Entdeckungen fand ich im Band knappe und konzise Ausführungen zu Namen von Personen, die in vielen Lektüren immer wieder auftauchten, mit denen ich aber wenig Konkretes zu verbinden vermochte. Dazu gehört der Ökonom Jean Charles Léonard Simonde de Sismondi, ein Name, auf den man in den Schriften von Marx häufig stösst. Und mehr, als dass er das LSD entdeckt hatte, wusste ich auch über Albert Hofmann nicht. Schliesslich erscheinen Figuren, über welche die ausgedünnte Kulturerichterstattung der Presse schon lange nicht mehr berichtet, zum Beispiel MC Anliker, der in Thun aus einem abgewürgten Jugendhausprojekt das weit über die Landesgrenzen hinaus bekannte Konzertlokal Café Bar Mokka machte. Oder Walter Wegmüller, ein Verdingkind, das sich von administrativen Massnahmen nicht niederdrücken liess und sich zu einem produktiven Pop-Art-Künstler entwickelte. Last but not least liest man in diesem Band auch Befremdliches, etwa dass keine einzige Monografie über Kurt Hirschfeld existiert, einen der Protagonisten des legendären antifaschistischen Schauspielhauses in Zürich, mit dem sich die Zürichberg-Linke so gerne brüstet.

Der Band bietet eine Fülle an Wissen über bewegte Schweizer:innen, die, versammelt in dieser Dichte und wenn die Schweiz tatsächlich ein Projekt ist, fast ein bisschen Optimismus aufkommen lassen.

Andreas Bürgi